

Eduard Gloeckner

Karl Kaiser, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.):
Weltpolitik im neuen Jahrhundert.
Schriften des Forschungsinstituts der DGAP e. V. – NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, 653 Seiten, 28 Euro.

Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt.
Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis G. W. Bush. – Propyläen-Taschenbuch (1. Auflage) by Econ Ullstein List Verlag, München 2001, 710 Seiten, 9,95 Euro.

Zuweilen fragt man sich, ob Weltpolitik seit den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten neu gedacht und ausgelotet werden sollte. Die 42 hier versammelten Beiträge aus der Feder von namhaften Kennern der Außen- und Sicherheitspolitik, der Handels- und Entwicklungspolitik, der Rüstung und Rüstungskontrolle, Technologie und Kriminalität erfassen zwar alle Facetten der regionalen und globalen Probleme, Herausforderungen und möglichen

Entwicklungserspektiven. Dies geschieht freilich erwartungsgemäß aus der Sicht und mit dem Erfahrungsschatz des zwanzigsten Jahrhunderts, was kein Vorwurf sein soll. Mögliche *worst-case scenarios* erschienen den Wissenschaftlern, diplomatischen und publizistischen Beobachtern bereits vor der jüngsten Jahrhundertwende als reale Handlungsmuster und potenzielle Gefahren. Der Herausgeber Karl Kaiser verweist auf die Tätigkeit international handelnder krimineller Banden und Netzwerke und schätzt den Terrorismus als bleibendes Problem offener Gesellschaften ein. Er kommt zu dem Diktum, dass manche „Staaten mit Hilfe von terroristischen Gruppen [...] bisher nicht bekannte Gefahren heraufbeschwören können“. Dabei wirken sich „internationale Kriminalität, Terrorismus oder Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie [...] in einem interdependenten System tendenziell destruktiver

aus als unter Bedingungen der Abschottung klassischer Territorialstaaten“. Er benennt nicht nur den Missbrauch vagabundierender Waffenarsenale als mögliche Gefahr. Gerade auch der Zerfall von Vielvölkerstaaten und der viel beschworene Missbrauch des Rechtes auf Selbstbestimmung durch diverse Ethnien – in den über 190 Nationalstaaten beträfe das 3500 solcher Klein- und Stammesvölker – stellten mögliche Konfliktherde dar. Hans-Peter Schwarz verweist auf die verschiedenen Widersprüche der neuen und künftigen Staatenwelt: die Globalisierung als unabwendbare Interdependenz der Informations- und Kommunikationstechnologien und die gleichzeitige soziale Interdependenz, das heißt die Erosion der nationalstaatlich verfassten Demokratien und Sozialsysteme als „unentrinnbare Konsequenz dieser Entwicklung“ von global durchlässigen Kapital- und Arbeitsmärkten. Dem stimmt Frank Rainer Tetzlaff von der Hamburger

Universität aus der Entwicklungsperspektive von Regionen der Dritten Welt auf eigene Weise zu: Durch die Globalisierung gerate der afrikanische Kontinent unter einen Marginalisierungsdruck, der nicht nur territorialen Staatszerfall zur Folge hat (Sudan, Angola, Senegal). In anderen Fällen käme es mehr und mehr zu einer Erosion oder gar Implosion staatlicher Autorität. Das flache Land kann nicht mehr von der Administration der Hauptstadt versorgt und kontrolliert werden. Regionale Einrichtungen oder ethnische, religiöse, kulturelle Institutionen übernehmen zusehends notwendige Ordnungsfunktionen. Im Extremfall erfolgt ein Staatskollaps.

Der Ost-West-Konflikt – so ergänzt Gregor Schöllgen – habe auch eine bipolare Beziehungsstruktur der Entwicklungsländer zu den Industrieländern in Ost (Sowjetsozialismus/China) und West (USA, EU) erzeugt. Diese sei nun zusammengebrochen. Die ökonomischen Potenziale wurden stark belastet und fehlgeleitet. Schöllgen sieht auch hier die Notwendigkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Gegenläufig zur zerfallenen Staatenwelt des politisch-ideologischen Ostens konnte Deutschland erneut eine

staatliche Vereinigung zu Stande bringen. Diese Einheit – so Schöllgen – habe eine neue, weil aktivere Rolle des Landes in der Sicherheitsarchitektur Europas bewirkt, welche gerade im Kosovo-Krieg ihren Ausdruck fand. Aber im langwierigen Befreiungsschlag gegen das Milošević-Regime zeigte sich auch eine tendenzielle Wertorientierung im Sinne des Schutzes der Menschenrechte. Hier also im Sinne Huntingtons vom „Kampf der Kulturen“ oder Zivilisationen zu sprechen verbietet sich daher auch künftig. Bei aller „Konstruktion von kulturellen Großeinheiten“ („das Abendland“, „die westliche“ oder „die arabisch-muslimische Welt“) gebe es Konflikt- oder gar Bruchlinien kultureller Prägung auch innerhalb von Zivilisationen. Wilfried von Bredow meldet hier Bedenken an, da – bei aller Erfahrung einer künstlichen Multikulturalität – das Krisengemälde vom „Zusammenprall der Zivilisationen“ in sich nicht stimmig ist. Würde man dies durch das Schreckensbild des global wirksamen Terrorismus anreichern, so sind in jeder „Kulturhemisphäre zuweilen radikal entgegengesetzte Wertordnungen“ gegenwärtig. Es kämpfen also in allen Teilen der Welt Verfechter der demo-

kratisch-humanistisch geprägten Wertordnung gegen jene der menschenrechtsfeindlichen Repressionsregime. Freilich wirken ethnisch-kulturelle Filter bei der Differenzierung der Wertekzeptanz hier wie da mit. Bestes Beispiel ist Russland in der jetzigen Phase einer Transformations- und Übergangsgesellschaft von autoritär geprägten hin zu demokratisch orientierten Denk- und Verhaltensmustern. Der Berliner Völkerrechtsexperte Christian Tomuschat wählt die Durchsetzbarkeit westlich-zivilisatorischer Werte im Rahmen der diversen Menschenrechtspakte auch unter den institutionellen Bedingungen der Vereinten Nationen ab. Eine Menschenrechtspolitik als Leitidee bei Friedensschaffenden Maßnahmen, wie jene der NATO im Frühjahr 1999 im Kosovo, erscheint ihm nur begrenzt möglich, da die Gefahr menschlichen Leidens den Menschenrechten entgegenstünde. Mit dieser Akzentuierung wird er in New York wohl nicht so bald einen öffentlichen Vortrag halten dürfen.

Den Stein der Weisen scheint Ernst-Otto Czempiel insofern zu besitzen, als er für eine rechtzeitige gewaltlose Intervention im Sinne einer „Weltinnenpolitik“ in Konfliktge-

bieten plädiert – ganz im Sinne eines Modernisierungsschubes der auswärtigen Politik. Dagegen betont der Kölner Politikwissenschaftler und Experte für Sicherheitspolitik, Lothar Rühl, wie notwendig eine funktionsfähige Allianz wie die NATO bei der eigenen kollektiven Verteidigung, aber auch im Sinne einer das Bündnisgebiet übergreifenden „kollektiven Sicherheitspolitik“ sein kann, wenn andere Mechanismen der Stabilisierung wie die UNO oder die OSZE versagen. Er sieht diese Rolle aus der Sicht einer angestrebten europäischen Sicherheit, die auch vor und nach dem militärischen Eingriff in den Konflikt um das Kosovo vertretbar erschien. Wie freilich regionale Sicherheit zu globaler Sicherheitsvernetzung führen könnte, erfahren die Leser in den Ausführungen der außenpolitischen Analytikerin Helga Haftendorn. Karl Kaisers Perspektive für Europas Rolle als regionaler Ordnungsfaktor bewegt sich – begleitet von vorsichtigen Zweifeln an einer Renaissance dieses neu erstandenen Kontinentes als einer global sich auswirkenden Ordnungsmacht eher auf eine abwartende Position zu. Dieser Sammelband, angereichert mit einem nützlichen Anhang, muss

sicher nach dem schwierigen Feldzug gegen den Terrorismus auch und gerade unter stärkerer Einbeziehung der Rolle der USA, Russlands und Chinas erweitert und in mancher Hinsicht vertieft werden. Für weiter fürendes Denken bietet er jedoch eine fruchtbare Ausgangsgrundlage.

Zur Weltmacht verdammt

Mit der islamistisch-kriminellen Terrorwelle gegen die Vereinigten Staaten und den Reaktionen der westlichen Supermacht im Kontext der NATO und einer neuen Staatenallianz hat die Frage nach der amerikanischen Außenpolitik und einer Neudeinition der globalen Rolle der westlichen Supermacht zweifellos eine neue Dimension angenommen. Wie lotet der Autor im Rückblick die Außen- und Sicherheitspolitik Washingtons aus? Um welche Konstanten, welche Variablen handelt es sich dabei? Was heißt Weltmacht heute angesichts eines globalen antizivilisatorischen Terrorismus?

Christian Hacke hat sein vor fünfzehn Jahren publiziertes Buch über die *Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1960–1984* nunmehr unter Einbeziehung der Präsidenten George Bush,

William J. Clinton und George W. Bush auf den neuesten Stand gebracht. Somit ziehen vierzig Jahre Außenpolitik der USA unter der Präsidentschaft von Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter und Reagan ebenso am Auge des Lesers vorbei: wie jene von Bush (sen.), der das Ende des Kalten Krieges einleitete und erheblich zum Gelingen der deutschen Einheit beitrug; Bill Clinton, der trotz seiner innenpolitischen Fußan geln zu den Anfängen einer neuen Sicherheitspolitik des Westens hinführte und noch darüber hinaus zur Neutralisierung und sukzessiven Einbeziehung der ehemaligen Weltmacht Sowjetunion drängte, erscheint in den Augen des Verfassers bereits als Vertreter einer neuen Politikergeneration, der auch die politische Kultur Amerikas „stärker am Geschmack des modernen Mittelstands ausgerichtet hat“. Der jüngere Bush – bis zum 11. September 2001 ohne außen- und sicherheitspolitische Erfahrungen – scheint mit seinem Rückgriff auf einige kompetente Leute aus der Mannschaft seines väterlichen Vorbildes seine eigenen Defizite auf diesem Gebiet wettmachen zu wollen. Aber auch Clinton hatte zunächst kaum einen Zugang zur Außen- und Sicherheits-

politik. Wenngleich Hacke zu Recht schildert, dass sich Clinton zunächst auf die innenpolitischen Probleme „stürzte“, dabei seine außenpolitische Mannschaft zunächst „auf sich allein gestellt ließ“, so hebt er andererseits das außenpolitische Lastenbündel zu Beginn und während seiner Amtszeit hervor. Das provozierte einen Wechsel der politischen Prioritäten, also eine aktiv gestaltende Hinwendung zur Außen- und Sicherheitspolitik. Schließlich hatte seit 1945 außer Clinton kein US-Präsident mehr Soldaten in weltweite Einsätze geschickt, von George W. Bush nun abgesehen. Dazu gehörten Krisenherde wie der Balkan, der Irak, der Israel-Palästina-Konflikt, Somalia, Haiti, der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion in weitere regionale Konfliktzonen und schließlich ein erstarkendes China, das durch seine rabiate Missachtung der Menschenrechte zur Besorgnis Anlass gab und gibt.

Zweifellos erkennt der Autor die Schwierigkeit, die ein US-Präsident angesichts einer veränderten Macht- und Konfliktstruktur der Welt zu bewältigen hat, zumal nicht nur seine Führungsrolle im Bündnis gefragt ist, sondern auch eine solche in globaler Sicht. Da Russ-

land und China keine weltweite Rivalität anmelden und auch durchsetzen können, bleibt den Vereinigten Staaten nur die Einsicht, zur Weltmacht verdammt zu sein, ohne vielleicht schon über adäquate Instrumentarien und Lösungsmuster verfügen zu können. Bleiben US-amerikanische Präsidenten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert auch „zum globalen Handeln verurteilt“, so bedürfen sie doch stärker der internationalen Kooperation. Dabei sei deren militärische Macht zunehmend zweitrangig zu betrachten gegenüber der zivilisatorischen Vorbildrolle in der Welt. Dass hier auch ein biblisch-religiöses Motiv als Orientierungsmuster – nämlich der visionäre Blick, wie die „chapel on the hill“-Mission anklingen lässt – zu Grunde gelegt worden ist, wurde von anderen bereits herausgestellt. Die amerikanische Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert verdeutlichte zweierlei: Einerseits versprach der jeweils siegreiche Kandidat im Präsidentschaftswahlkampf außenpolitischen Wandel, so auch George W. Bush, was dann jeweils nach gewonnener Wahl in Vergessenheit geriet. Andererseits wird Außenpolitik nicht zuletzt auch vom Kongress mitgeprägt, und

sei es in teils projizierter konsensorientierter Mitbestimmung. Dabei gab und gibt es ideologien- und interessensbestimmte Denkschulen, die seit jeher eine Rolle spielten. Christian Hacke versteigt sich in der jetzigen Phase der Bush-II-Ära zu der Behauptung, „dass in Bushs Augen nur die alleinige Hegemonie der USA internationale Sicherheit garantiert und der Aufstieg anderer Großmächte [...] zur ebenbürtigen Weltmacht verhindert werden muss“. Das kann nur nach einer längeren Beobachtungsphase verifiziert oder falsifiziert werden.

Mit seinem Buch hat Hacke im Wesentlichen eine umfassende und aktualisierte Analyse der Außen-, Militär- und Bündnispolitik der westlichen Führungsmacht der Nachkriegszeit vorgelegt, sieht man von der Zeit unter Truman und Eisenhower einmal ab. Dies ist eine interessante und facettenreiche Röntgenaufnahme der amerikanischen Macht seit Kennedys Präsidentschaft und stellt eine vertiefende Ergänzung vorliegender Fachbücher (wie *Weltpolitik USA nach 1945* aus der Feder von Ernst-Otto Czempiel und Carl-Christoph Schweitzer) der letzten vier Jahrzehnte dar.